

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Baustellen-Anzeigen die
3 gespaltene Kolonnen-Zeile
50 Pf.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Berlag von H. Drey,
Druck von C. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionschluss: Montag, mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Kiloniastraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Der Krieg hat die Notwendigkeit der Organisation so schlagend dargetan, den Wert der Solidarität so überzeugend bewiesen, daß ich es verstehe, wenn man in Zukunft für den Arbeiter, der sich seiner Berufsorganisation nicht anschließt und seinen Mitarbeitern gegenüber die Solidarität vermissen läßt, nur noch verächtliches Mitleid oder mitleidige Verachtung übrig hat.

Bisher hat man den Unorganisierten meist den guten Glauben zugebilligt, hat gesagt: sie verstehen es nicht besser. Nach diesem Kriege wird man ihnen den guten Glauben nicht mehr zusprechen, sondern sagen: sie wollen es nicht besser. Mit solchen Obwilligen werden wir aber, wenn wir aus den Schützengräben zurückkommen, ein sehr ernstes und sehr eindringliches Wort zu reden haben. (Aus einem Feldpostbrief.)

Kriegsarbeit und Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich im Feuer des Weltkrieges glänzend bewährt. Das wird heute allgemein anerkannt. Selbst an Stellen, wo früher sehr abfällig über die Bestrebungen und die Betätigung der Gewerkschaften geurteilt wurde, ist heute die Erkenntnis eingezogen, daß die so oft und herb befehleten Einrichtungen, die sich die Arbeiter in jahrelangem zähen Kampf geschaffen haben, gut und nützlich, ja notwendig sind. Vertreter der Regierung haben offen ausgesprochen, daß die Gewerkschaften notwendige Ergebnisse unseres Wirtschaftslebens und geeignete Vertretungen der Arbeiterinteressen sind, und selbst Unternehmer, deren Organisationsfeindschaft früher unbestritten war, haben zugegeben, daß die Gewerkschaften in der Kriegszeit voll ihre Pflicht und mehr als ihre Pflicht getan haben.

Es ist nicht überflüssig, das jetzt festzustellen; denn vor dem Kriege gab es nicht wenig schlechte Propheten für die Gewerkschaften. Unsere Gegner verbreiteten mit einem eifer besseren Sache werden Eifer die Auffassung, die Gewerkschaften würden im Kriegsfall schmachvoll versagen, ihre Einrichtungen würden zusammenbrechen, ihre Mitgliedschaft auseinandergerissen, ihre Gelder verloren gehen. Noch kurz vor Ausbruch des Krieges schrieb ein Blatt der sogenannten gelben Werkvereine, das „Süddeutsche Arbeiterblatt“:

„Die sozialdemokratischen Führer haben eine heillose Angst vor dem Kriege. Trübt ein solcher ein, so verliert die Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften wie Nebel in der Sonne. Die Gewerkschaften, die nur durch Zwang zusammengehalten werden können, verlieren den inneren Zusammenhalt und brechen zusammen. Die zurückbleibenden Mitglieder zahlen keine Beiträge, die Gewerkschaftshäuser verfallen, die roten Zeitungen finden keine Leser, und wenn der Krieg vorüber ist, so können die Drogenossen sagen:

Siehst du meine Trümmer ruhen,
Der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen.

Und die Oberenossen können dann wieder die Schaufel oder den Hammer in die Hand nehmen und — frei, gleich und brüderlich arbeiten.“

Es ist anders, ganz anders gekommen! Die Gewerkschaften stehen nach 20 Kriegsmonaten noch unerschüttert da. Ihre Mitglieder sind nicht davongelaufen, sondern halten im Gegenteil fester zusammen als früher. Austritte sind nicht häufiger, sondern seltener als vor dem Kriege. Die Beiträge gehen trotz der enormen Teuerung gut ein, die Kassen der Verbände sind trotz der erheblich gestiegenen Unterstützungsausgaben durchaus allen Anforderungen gewachsen. Die gelben Propheten haben also elend Schiffbruch gelitten mit ihren Voraussagen.

Schon in der Tatfrage, daß die Gewerkschaften nach 20 Kriegsmonaten noch unerschüttert dastehen und die Gewerkschaftsmitglieder ihren Organisationen unbedingt die Treue halten, liegt ein unantastbarer Beweis dafür, daß diese Organisationen gesund und lebensfähig sind und auch in der Kriegszeit sich durchaus bewährt haben. Schwache und halblöse Gebilde hätten die Stürme dieses Krieges nicht so überdauert, aus verzogenen Organisationen wären die Mitglieder in Scharen davongelaufen. Wären die Gewerkschaften wirklich, wie das gelbe Organ meinte, nur „durch Zwang zusammengehalten“, so ständen wir heute vor ihren Trümmern. Weil aber die Mitglieder durch Überzeugung und Vertrauen an ihre Organisationen gekettet waren und darin auch in der schweren Zeit des Krieges nicht erschüttert wurden, konnten sie fester zusammen als je zuvor.

Es ist fast überflüssig, noch aufzuführen, was die Gewerkschaften während des Krieges geleistet haben. Eigentlich muß das jeder wissen, der sich nur irgendwie um das öffentliche Leben gekümmert hat. Insbesondere sollten es alle Arbeiter wissen; nicht nur die organisierten — von denen ist es selbstverständlich, daß sie es wissen —, sondern auch die unorganisierten, die doch des Wertes der Gewerkschaften gespürt, ja, die oft, sehr oft, auch in der Kriegszeit Vorteil davon gezogen haben. Aber die Menschen vergessen gar schnell, und deshalb ist es gut, ihnen von Zeit zu Zeit in die Erinnerung zu rufen, was sie eigentlich nie vergessen sollten.

Als der Krieg ausbrach, sah es zunächst böse aus auf dem Arbeitsmarkt. Zahlreiche Betriebe wurden geschlossen, andre arbeiteten nur noch zu einem geringen Teil. Die Arbeitslosigkeit in der Industrie war groß, obwohl gleich Hunderttausende von Arbeitern zum Kriegsdienst eingezogen wurden. Hier griffen die Gewerkschaften sofort helfend ein. Sie wirkten zunächst mit bei der Verteilung der vorhandenen Arbeit und der verfügbaren Arbeitskräfte. Vor allem förderten sie die Mit Hilfe der Industriearbeiter bei der Einbringung der Ernte.

Für die Arbeitslosen, die nicht unterzubringen waren, traten die Gewerkschaften mit ihren Unterstützungseinrichtungen ein. Rund

23 Millionen Mark als Arbeitslosenunterstützung zahlten die Gewerkschaften in den ersten 17 Kriegsmonaten an ihre Mitglieder aus. Außerdem drängten die Gewerkschaften Reich, Staaten und Gemeinden zur Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge. Nicht ohne Erfolg. Das Reich und mehrere Einzelstaaten stellten Summen zur Verfügung, einige Versicherungsanstalten beteiligten sich an der Fürsorge, und zahlreiche Gemeinden schufen Unterstützungseinrichtungen. Ohne das Drängen der Gewerkschaften wären viele dieser Einrichtungen nicht geschaffen

Zahlen reden!

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat im Kriegsjahre 1915 aus der Hauptklasse ausgezahlt:

Arbeitslosenunterstützung	278 454 Mk.
Krankenunterstützung	462 983 „
An die Familien eingezogener Mitglieder	353 199 „
Sterbegeld	107 765 „
Sonstige Unterstützungen	41 262 „

Zusammen: 1 243 663 Mk.

Seit Ausbruch des Krieges hat der Verband allein aus der Hauptklasse, ohne die Zuschüsse und Extraintersetzungen der Lokalkassen, ausgezahlt:

an Arbeitslose	rund 1 240 000 Mk.
an Kranke	rund 520 000 „
an die Familien eingezogener Mitglieder	1 000 000 „
an sonstigen Unterstützungen	175 000 „

Insgesamt: 2 935 000 Mk.

worden, und ohne die tatkräftige und vorbehaltlose Mitwirkung der Arbeiterorganisationen wäre die Aufrechterhaltung oft fast unmöglich geworden. So haben die Gewerkschaften auch den unorganisierten Arbeitslosen Hilfe und Unterstützung vermittelt und gesichert

Für die Familien der eingezogenen Mitglieder sind die Gewerkschaften in den ersten Kriegsmonaten, als die staatliche Unterstützung noch sehr niedrig war und gemeindliche Beihilfen wenig gegeben wurden, nach Kräften eingetreten. Sie haben wiederholt namhafte Summen als Familienunterstützung ausgegeben. Bis Ende des Jahres 1915 wurden nicht weniger als

15 Millionen Mark an die Kriegerfamilien als Unterstützung ausgezahlt.

Für die Erziehung der Söhne tranken die Gewerkschaften nach Ausbruch des Krieges nicht in der früheren Weise eintraten. Sie haben deshalb aber nicht etwa die Hände in den Schößen gelegt und den Unternehmern die Vorkaufsrechte überlassen. Vielmehr haben sie durch Eingaben an die Unternehmer, durch öffentliche Kritik und durch Karren der Beschwerden immer und überall auf eine Heraushebung des Lohnes hingewirkt. Als die Preise der Lebensmittel sprunghaft in die Höhe gingen, haben sie mit allen ihnen jeht zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Mäßigung von Lohnzulagen und Teuerungszuschlägen hingearbeitet. Erfreulicherweise nicht ohne Erfolg. In hundert Fällen ist es dem Bemühen der Gewerkschaften gelungen, die Unternehmer zur Bewilligung gesteigerter Lohnsätze zu veranlassen.

Auch der Teuerung selbst haben die Gewerkschaften entgegenzuwirken versucht. Sie haben die Regierung zu Vorbeugungsmaßnahmen ermahnt und sie haben Abhilfeschläge aller Art gemacht, um der Not und dem Wucher Schranken zu setzen. Leider ist der Erfolg auf diesem Gebiet nicht groß. Die Warnungen der Gewerkschaften sind zu oft überhört, ihre Vorschläge zu häufig unbeachtet geblieben. Manches ist zu spät, anderes gar nicht und vieles den gewerkschaftlichen Anregungen widersprechend getan worden. So sind wir in eine Zeit der Teuerung gekommen, die geradezu unerträglich ist und deren Folgen für das ganze Volk verberlich werden können, wenn es nicht gelingt, zwischen Lohn und Lebenskosten ein besseres Verhältnis herzustellen.

Diesen Ausgleich herbeizuführen ist die wichtigste Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften. Nicht nur das direkte Wohl der Arbeiter, sondern das Gesamtwohl des deutschen Volkes ist abhängig davon, ob und wie es gelingt, der Arbeiterschaft wieder eine Lebenshaltung zu ermöglichen, die ihr die Erfüllung ihrer Arbeits- und Familienpflichten gestattet.

Nach diesem Kriege wird es der deutschen Industrie nicht leicht sein, sich die alte Stellung auf dem Weltmarkte wieder zu erringen und zu erhalten. Das sehen heute schon viele Unternehmer ein. Leider führte diese Einsicht zuweilen zu recht sonderbaren Folgerungen. Mehr oder weniger offen vertreten Unternehmerteile die Auffassung, daß die deutsche Arbeiterschaft in ihren Lebensansprüchen zurückgehen müsse, daß sie mit weniger Lohn, schlechterer Ernährung, längerer Arbeitszeit, weniger sozialer Fürsorge, weniger Arbeiterschutz vorlieb nehmen müsse. Solche Anschauungen sind gefährlich; gefährlich, weil sie den schärfsten Widerstand der Arbeiter auslösen müssen, gefährlich vor allem, weil sie nicht zum Aufbau, sondern zum Niedergang der deutschen Industrie führen würden.

Von dem ungeheuerlichen Überlaß dieses Krieges kann sich das deutsche Volk nur erholen, wenn es gelingt, die Arbeiterschaft körperlich so leistungsfähig zu erhalten, daß sie selbst sehr hohen Ansprüchen und Anforderungen gewachsen ist. Nicht mit einer schlecht entlohnenden, in überlanger Arbeitszeit sich abrackern, des Schutzes und der Fürsorge entbehrenden Sklavenschar kann Deutschland im Wettbewerb der Völker bestehen, sondern nur mit einer gefunden, selbstbewußten, starken, leistungsfähigen und leistungswilligen Arbeiterschaft.

Eine solche Arbeiterschaft im neuen Deutschland zu schaffen, ist das Ziel der Gewerkschaften. Diesem Ziel streben sie zu mit all ihren Kräften und Mitteln. Daß sie ihm auch nach diesem Kriege näher kommen, ist unsere feste Überzeugung. In welchem Tempo das geschieht, hängt ab von der Summe und Kraft der Widerstände, die ihnen bereitet werden, vor allem aber von der Entschlossenheit und Tatkraft der Arbeiter selbst.

Vor dem Kriege hat es daran noch oft gefehlt. Nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft hat den Weg in die Gewerkschaften gefunden. Die meisten blieben draußen, schenkten die Beiträge und hofften von den Schichten mitgehren zu können, die die Gewerkschaften pflegten. Durch ihr Fernbleiben aber minderten sie die Kräfte und damit die Erfolge der Organisationen. Viel, unendlich viel mehr hätten die Gewerkschaften für den Aufstieg der Arbeiter im Frieden und für die Wohlfahrt der Arbeiter in der schweren Kriegszeit tun können, wenn die Millionen der Arbeiter, die heute noch jeder Organisation fernstehen, sich rechtzeitig mit ihren Arbeitstätern zusammengeschlossen hätten.

Hoffentlich wird das nach diesem Kriege besser. Die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Arbeiterorganisationen ist in den fast 22 Kriegsmonaten, die wir bis jetzt überstanden haben, so schlagend dargetan worden, daß man in Zukunft dem unorganisierten Arbeiter gar keinen Entschuldigungsgrund für sein Fernbleiben von der Organisation mehr zubilligen kann. Sorge deshalb jeder beiseiten dafür, daß er ein vollwertiges Mitglied der großen Arbeitergemeinschaft wird, die wir Gewerkschaften nennen.

Die Wertung der Gewerkschaften.

Das die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter nicht das Werk freiwillig denkender Menschen sind, sondern daß die wirtschaftlichen Verhältnisse mit logischer Notwendigkeit Denken und Handeln auch der Arbeiterklasse in der Weise beeinflussen, daß ihr Zusammenschluß zu Organisationen erfolgen mußte, ist heute jedem intelligenten Arbeiter geläufig. Es wäre aber auch für die Mehrzahl unserer wirtschaftlichen Gegner eine Beleidigung, anzunehmen, ihnen sei dieser Entwicklungsgedanke nicht bewußt. Wenn der Herrschende, bewußt und planmäßig auf sein Ziel hinarbeitende Gewerkschaftler trotzdem mit dem Odium eines Heeres belästigt wird — oder jagen wir: wurde —, so hat diese moralische Wertung des Gegners mit wirtschaftlicher Erkenntnis allerdings nichts mehr zu tun, sondern sie ist der Ausfluß rein persönlicher oder auf einen bestimmten Personenkreis beschränkter wirtschaftlicher Interessen.

Die wirtschaftlichen Gegensätze waren es also, die den Organisationsgedanken auslösten. Gleich der Wertung des gewerkschaftlichen Agitators und Organizers ist die Wertung seiner Organisation, obwohl die wirtschaftlichen Gegner, also die Unternehmer, selbst objektiv sind. Freilich, was der Organisationsführer vertritt, wirkt sich praktisch durch die Organisation aus. Unternehmer- und Arbeiterorganisationen setzen gegenseitig eine Veranlassung ihrer widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen voraus. Was der einen Seite recht ist, ist der andern unrecht. So war es bis zum Kriegsausbruch. Von da an vollzog sich (vorläufig) eine Wandlung. Aber nicht etwa in den erörterten Anschauungen, sondern vorübergehend in den Handlungen. Die größte Gefahr, der Krieg mit allen seinen Schrecken, hat dieses Wunder vollbracht. Die wirtschaftlichen Gegner finden sich gegenüber dieser größeren Gefahr zur gemeinsamen Abwehr zusammen. Zwischen beiden ist ein Waffenstillstand notwendig, soll der neue Dampf Erfolg versprechen. Der Gegner übertrifft heute sogar nicht mehr geistlich als das Gute der Arbeiterorganisationen, nein, er erkennt es teilweise sogar nachsichtig an. Wie sollte er auch nicht! Haben doch die Gewerkschaften, als sie bei Kriegsausbruch ihre Kräfte, gleich welcher Art, zur Verfügung stellten, wenn auch zunächst am ehesten für die eigenen Mitglieder, der Gesamtheit einen unerschöpflichen Dienst geleistet, der indirekt tatsächlich auch dem wirtschaftlichen Gegner zugute kam!

Dieinfolge von der ungenügenden Betätigung der Gewerkschaften haben eine ganze Anzahl autoritärer Personen und Organe von christlichen Körperschaften die Wandlung ihrer eigenen Ansicht über die Wertung der Gewerkschaften ausgesprochen, deren wir hier einige folgen lassen.

Prof. J. Menge in Münster sagte bei Ausbruch des Krieges in bezug auf die deutschen Gewerkschaften zu seinen Studenten: „... wer so viel aus eigener Kraft geschaffen hat, wer sich so dignifiziert wie unsere deutschen Arbeiter in den Gewerkschaften, das sind Volksgenossen, mit denen wir uns alle auf die Dauer in nationaler Zusammenarbeit zusammenfinden können und müssen.“

Das vom Kaiserlichen Staatsprüfungsamt herausgegebene „Lehrbuch der Arbeitervereine“ (Jahrgang 1 (Januar 1915)) über „Die Arbeitervereine und der Krieg“ auf Seite 53:

„Die Entstehung der ersten Arbeitervereine hat gezeigt, daß die Arbeitervereine der gewerkschaftlichen Kämpfer sind, die durch den Krieg notwendig an ihre materielle Leistungsfähigkeit gestellt werden, in wirtschaftlich wichtigeren Berufen.“

Die Ansicht der Arbeitervereine mußte vor allen Dingen darauf beruhen, ihren Mitgliedern Arbeit und Beschäftigung zu verschaffen. Sie haben sich vielfach bemüht, ungenutzte Arbeitskräfte der Wirtschaft zuzuführen, so namentlich Lohnbewegungen entgegenzusetzen, welche durch die wirtschaftliche Lage der in Frage kommenden Unternehmen nicht begründet waren. Sie haben dabei beachtlichen Erfolg erzielt, indem sie die wirtschaftliche Lage der Arbeitervereine zu verbessern und ihre Zahl zu erhöhen vermochten.“

Die Idee der Arbeitervereine ist eine der Hauptaufgaben der Arbeitervereine die Unterstützung ihrer Mitglieder. Das die Arbeitervereine in ihrer wirtschaftlichen Lage aus eigenen Mitteln Verbesserungen schaffen können, geht aus dem oben zitierten Text hervor.“

Im Bremerischen Landtag erklärte der Handelsminister Eydoux am 25. Februar 1915:

„... Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen sehr erfolgreich mitgewirkt und in verschiedenen Fällen erhebliche Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zur Verfügung der Arbeitgeber und der Familien der Kriegsteilnehmer zur Verfügung gestellt.“

Gegenüber der Vereinerung über das Verbandsrecht in der Reichsversammlung vom 20. März 1915 führte der Staatssekretär Dr. Dethlefs mit anderem aus:

„... Gewerkschaften sind ... die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften bekannt, die in der Lage sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Gewerkschaften in einer Weise wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, die die meisten Staatsbehörden nicht mehr übersehen.“

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Jahrgang Nr. 22) vom 30. Mai 1915 über die Stellung der Gewerkschaften während des Krieges folgendes:

„Es ist ein bewährtes Erfahrungsgesetz, daß die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaften, die in der letzten Zeit eine Zeitlang günstig war, die Gewerkschaften in der Lage hat, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Gewerkschaften in einer Weise wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, die die meisten Staatsbehörden nicht mehr übersehen.“

Das gleiche Organ (Jahrgang Nr. 7) vom 11. Februar 1915 über die Stellung der Gewerkschaften während des Krieges folgendes:

„... die Gewerkschaften zeigen, daß sie zu Friedenszeiten auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle spielen, als nun schon während des Krieges eine Zeitlang die Gewerkschaften in der Lage sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Gewerkschaften in einer Weise wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, die die meisten Staatsbehörden nicht mehr übersehen.“

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ist es auch häufig klar geworden, daß die wirtschaftlichen Vorteile nach dem Krieg wieder kommen werden. Ein bekannter Fall ist die Frage in Nr. 1 vom 1. Januar 1915 und Antwort zu dem Aufsatz: „Der Kampf um der Bewegung des Lebens; wo man ihn anfangs, erkennen die Schritte jeglicher Entwicklung.“ Dieser Meinung waren wir beizustimmen, denn wir haben ja schon immer es richtig erkannt und vertreten.

Etwas dürfte von der neueren Wertung der Gewerkschaften über den Krieg hinaus zurückzuführen. Wenigstens soweit es sich um diejenigen Stellen, die nicht zunächst Gruppeninteressen, sondern die Gemeininteressen zu vertreten berufen sind, handelt, darf erwartet werden, daß die vortreffliche Anschauung und die gesunde Praxis nicht wieder in Erscheinung treten. Soweit jedoch der direkte wirtschaftliche Gegner in Frage kommt, wird der alte Zustand, vielleicht in verschärfter Form, wieder zutage treten, denn die Entwicklung ist durch den Krieg ja nicht zum Stillstand, oder zum Abschluß gekommen. Wenn wir uns aber darüber klar sind, dann ist es für uns eine Pflicht bis zur Selbstverständlichkeit, daß wir keinen Tag ungenutzt vergehen lassen, ohne die Gelegenheit zu suchen, die Organisation zu stärken, Mitglieder zu werben. Wer kämpfen muß, muß vorher rüsten. Also handeln wir!

E. Prall.

Die Lohnfrage in der Kriegszeit.

Wenn schon in Friedenszeiten dem Streben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mancherlei Hemmnisse entgegenstehen, so vermehren sich diese Schwierigkeiten in der Kriegszeit naturgemäß um ein Vielfaches. Gesetze, Verordnungen und Bürgfrieden wirken einschränkend auf die schon sonst nicht allzugroße Bewegungsfreiheit bei Föhrung von Lohnbewegungen und machen den Austrag offener Lohnkämpfe fast unmöglich. Trotzdem konnte sich die Organisation nicht auf eine untätige Beobachtung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder beschränken, sondern mußte — gebieterisch gezwungen durch die Gestaltung der Preisverhältnisse auf dem Lebensmittelmarkt — für die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Mitglieder, soweit als irgend möglich, tätig sein.

Der Volkswirtschaftler Calkver berechnet nach der dreifachen Relation für einen Marinepiloten die Kosten der Ernährung für eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern im Reichsdurchschnitt auf 39,33 Mk. pro Woche in Dezember 1915 gegen 25,12 Mk. pro Woche im Juli 1914. Das ist eine Erhöhung um 56,57 Prozent. Seitdem sind die Preise weiter in die Höhe gegangen. Wenn es nun auch den Arbeitern vielfach gelang, Lohn- und Kriegsteuerzuschlägen von den Unternehmern bewilligt zu

lassen, behaupten oder ihren Einfluß steigern wollen, eine starke gewerkschaftliche Organisation dazu die Vorbedingung ist und daß an der Kräftigung derselben, ungeachtet aller Schwierigkeiten, auch in der jetzigen Zeit ernstlich gearbeitet werden muß. Mancherorts hätte in dieser Beziehung bisher schon mehr getan werden können.

Der Mitgliederbestand unseres Verbandes am Schluß des Jahres 1915 betrug 66.148 männliche und 18.970 weibliche, zusammen 85.118 Mitglieder. Ende 1914 waren 108.588 männliche und 21.753 weibliche, zusammen 130.341 Mitglieder, vorhanden. Es ist also ein Weniger von 42.440 männlichen und 2783 weiblichen, zusammen 45.223 Mitgliedern, zu verzeichnen. Zum Geer sind 33.730 Mitglieder einberufen worden, so daß sich der Verlust für 1915 auf 8710 männliche und 2783 weibliche, zusammen 11.493 Mitglieder, stellt. Dieser Verlust hätte ausgeglichen oder noch in einem Gewinn umgewandelt werden können, wenn die Zahl der neuauftretenden Mitglieder eine größere gewesen wäre. Im Jahre 1915 wurden im Verbands 10.041 Aufnahmen gemacht, gegen 31.939 im Jahre 1914 und 58.467 im Jahre 1913. Diese Zahlen müssen zu vermehrter Agitationsarbeit anregen und gleichzeitig die Mahnkommissionen in Bewegung setzen, damit neue Mitglieder für den Verband gewonnen werden und kein einziges verloren geht. Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten könnte das Gesamtergebnis der Mitgliederbewegung ein besseres sein.

Der Arbeitsmarkt war für die männlichen Arbeiter im ganzen Jahr 1915 äußerst günstig. Nach den über ihre Vermittlungstätigkeit an das Reichsarbeitsamt berichtenden Arbeitsnachweise entfielen im Januar auf 100 offene Stellen 125 männliche Arbeiter, gegenüber 234 im Januar 1914 und 191 im Januar 1913; im April 1915 kamen auf 100 offene Stellen genau 100 Arbeitsuchende, also Angebot und Nachfrage deckten sich, und seitdem hielt sich die Zahl der Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen das ganze Jahr unter 100 (im Dezember 1915 betrug sie 90), so daß die Nachfrage nicht befriedigt werden konnte.

Ungünstiger gestalteten sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiterinnen. Trotzdem in Gewerbe und Industrie die Frauennarbeit in weit höherem Maße als früher nutzbar gemacht wurde, hat die vermehrte Einstellung weiblicher Arbeitskräfte bei dem gewaltigen Zustrom aus der Hauswirtschaft, aus den Reihen der Kriegserfahrenen, Kriegserwinnen und andern Kreisen nicht die Wirkung gehabt, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiterinnen wesentlich zu bessern. Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen betrug die Zahl der Arbeitsgesuche im Januar 1915 auf 100 offene Stellen 167 (im Januar 1914 war die Zahl 105 und im Januar 1913 nur 98). Im Laufe des Jahres 1915 fiel die Zahl der Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen — mit Schwankungen — zwar auf 151 im Monat Dezember, die Beschäftigungsmöglichkeit für weibliche Arbeitskräfte war aber im ganzen Jahr 1915 durchweg erheblich weniger günstig, als im Friedensjahr 1913.

Im Verbandsgebiet war die Beschäftigung in den einzelnen Industrien recht unterschiedlich. Gut beschäftigt war die Nahrungsmittel-Industrie und durchweg die chemische Industrie. Beide Industrien hatten in erheblichem Umfang Kriegsaufträge zu erledigen. Die Papier-Industrie hatte Mangel an Rohstoffen und lagte teilweise über das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte. Bei der meist niedrigen Löhnen in dieser Industrie ist diese Lage in der jetzigen Zeit verständlich. Die Frauennarbeit wurde ausgedehnt; teilweise auch an Maschinen Frauen beschäftigt. Die Ziegel-, Kalk-, Gips- und Zement-Industrie hatte bei der ungünstigen Lage des Baumarktes allgemein wenig Beschäftigung. Verschiedene Ziegeleien lagen ganz still. Einzelne Zementfabriken hatten allerdings leichlich zu tun.

Ueber die Ergebnisse der Lohnbewegungen für 1915 kann nur ein vorläufiger Bericht gegeben werden, da die endgültigen Ziffern noch nicht vorliegen. An überhaupt im Jahre 1915 geföhrten Bewegungen wurden bisher berichtet: 383 Bewegungen in 522 Betrieben mit 60.255 beteiligten Personen.

Im Jahre 1914 bezeichneten wir 278 Bewegungen in 389 Betrieben mit 21.864 Beteiligten.

Sowohl die Zahl der Bewegungen als auch der Betriebe und der an den Bewegungen beteiligten Personen ist schon in der vorläufigen Uebersicht für 1915 wesentlich höher als im Jahre vorher. Die enorm gestiegenen Kosten der Lebensbedürfnisse zwangen die Arbeiter in erhöhtem Umfang zur Einreichung von Lohnforderungen.

An Verbesserungen wurden im Jahre 1915 erreicht für 57.715 Personen 140.819 Mk. Lohn-erhöhung pro Woche und für 93 Personen 490 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche. Das macht 2,44 Mk. Lohn-erhöhung pro Woche für jeden Beteiligten. Damit ist natürlich die eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung bei weitem nicht weit gemacht, aber immerhin bedeutet eine Lohnzulage von 2,44 Mk. im Durchschnitt eine nicht zu unterschätzende Verbesserung des Wochenlohns.

Die Zahl der Tarifverträge hat sich im Jahre 1915 trotz der recht ungünstigen Zeitverhältnisse nur unbedeutend vermindert. Wir hatten am 31. Dezember 1914 einen Bestand von 437 Verträgen für 763 Betriebe und 39.991 beschäftigte Personen und zählten am Schluß des Jahres 1915 411 Verträge für 738 Betriebe und 23.485 beschäftigte Personen.

Die bedeutend zurückgegangene Zahl der in tariflich geregelten Betrieben beschäftigten Personen am Schluß des Jahres 1915 erklärt sich aus den Einberufungen zum Geer und aus den sonstigen in der Kriegszeit eingetretenen Betriebsbeschränkungen.

Alles in allem zeigen die Zahlen über die Ergebnisse der Lohnbewegungen und die Gestaltung des Tarifvertragswesens, daß auch in der allerjüngsten Zeit unter großen Schwierigkeiten der Verband durch die erreichten Lohnverbesserungen die wirtschaftliche Lage eines großen Teils seiner Mitglieder erträglich zu gestalten imstande war. Das Gesamtergebnis wäre besser gewesen, wenn überall die Organisation eine geschlossener war. Wer den wirtschaftlichen Einfluß der Kollegen stärken und verhindern will, daß ihre Lebenshaltung weiter zurückgeschraubt wird, der muß mithelfen, um unsere gewerkschaftliche Organisation auszubauen. Der Zusammenschluß im Verbands ist die Vorbedingung künftiger wirtschaftlicher Erfolge. Deshalb: Halte fest an der gewerkschaftlichen Organisation! Beschütze die Unorganisierten für den Verbands zu gewinnen!

An diejenigen, die es angeht.

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingeweihte Mitglieder seid? Oh, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man läßt sich befall, sympathisiert, aber man läßt gewöhren und befaßt sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andre mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch: Ist das ein mündliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schwärmer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, erntet, die ihr nicht mit Beifall und Affanation begleitet, euch ermahne ich zur Scham!

Johannes Lohmann.

erhalten, so konnte damit die eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung in keinem Falle auch nur entfernt ausgeglichen werden, da nicht nur die Lebensmittel, sondern auch fast alle notwendigen Gebrauchsgegenstände, wie Kleidung, Schuhwerk usw., eine teilweise ganz erhebliche Preissteigerung erfahren haben, so daß auch bei Gewährung einer Zulagezulage für den Arbeiter noch ein erhebliches Manko zu decken übrig bleibt. Aber nicht alle Unternehmer waren zu einseitig, der aus dem Zwang der Not geborenen Notlagen der Arbeiter auf Bewilligung einer Zulage Rechnung zu tragen. Mit der Begründung, der Betrieb könne die Belastung einer Zulagezulage nicht aufbringen, wurden die Arbeiter oft abgewiesen oder die Lohn-erhöhung auf ein Minimum beschränkt. Es wurde auch die Schließung der Betriebe im Falle des Scheiterns der Arbeiter auf ihren Anträgen in Aussicht gestellt. Nun soll keineswegs verkannt werden, daß nicht alle Unternehmer Kriegsgewinne erzielten, aber auch dort, wo eine erhöhte Profitrate herausgezeichnet wurde, war keineswegs das Bestreben allgemein, den Arbeitern über die schlimme Zeit der außerordentlichen Notlage gutzuschaffen. Einige amerikanische Unternehmen waren dabei außer Betracht bleiben.

Es konnte auch keineswegs behauptet werden, daß im allgemeinen bei den Unternehmern eine größere Geneigtheit vorhanden war, den Verband als die gegebene Interessenvertretung der Arbeiter anzuerkennen und mit dem Organisationsvertreter über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Mehrfach wurde den Arbeitern ausdrücklich zu versprochen gegeben, daß die Bewilligung einer Zulagezulage nicht etwa auf die Eingabe des Verbandes, sondern auf die Eingabe des Unternehmers zurückzuführen ist. Man wollte die Ueberzeugung der Eingabe des Verbandes und damit letzten Endes des Verbandes selbst drehen. Daß man damit viele Klagen gefunden hat, beweist uns sehr. Mehrfach lag man auch Eingaben der Organisation einfach unentschieden.

Soweit bewußt werden konnte, waren auch in der Kriegszeit die Unternehmern überall eilig befaßt, ihre Organisationen weiter aufzubauen, um gegebenenfalls ihren vollen organisatorischen Einsatz in die Notlage werfen zu können. Sie richteten für die Zukunft. Es ist nun in der Debatte über die wirtschaftliche Lage nach Ende des Krieges hingewiesen worden. Ohne Zweifel wird dann ein Ausgleich vorzuziehen oder noch aufzuhängen wirtschaftlicher Differenzen zu treffen sein. Es braucht aber keine Klagen keineswegs durch einen offenen Kampf zu erlangen. Andre Wege und Formen sind denkbar und möglich. Aber bei dem bekannten, während des Krieges kaum gemindert hervorgekommen und von ihren Organisationen häufig untergeordnetem Herrschaftsansatz der Unternehmern ist auf eine Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Krieg nicht zu rechnen. Aus dem Boreben der Unternehmern auf Erhaltung ihrer organisatorischen Macht im Hinblick auf künftige Möglichkeiten müssen die Arbeiter die Forderung stellen, daß, wenn sie sich wirtschaftlich

Aus der Industrie

Die Tugenden der Arbeiterschaft in der chemischen Industrie.

Die chemische Industrie Deutschlands hat sich in der Kriegszeit glänzend bewährt. Ihre übertragende Leistungsfähigkeit ist der Kriegführung wie dem Wirtschaftsleben in hohem Maße zugute gekommen. Für die Kriegführung hat die chemische Industrie durch Beschaffung der Munition und durch Lieferung vieler Heeresbedarfsartikel, wie Fahrzeugreifen, Ballonhüllen und dergleichen unter den schwierigen Umständen der Rohmaterialsperrung Hervorragendes geleistet.

Auch für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens ist die chemische Industrie eifrig und erfolgreich tätig gewesen. Die Gewinnung des Luftstickstoffes hat der Landwirtschaft wertvolle Düngemittel geliefert; die neuerdings in größerem Umfange aufgenommene künstliche Fett- und Eiweißherzeugung wird der Volksernährung direkt zugute kommen. Durch Bereitstellung von Spezialzeugnissen für das neutrale Ausland hat die chemische Industrie nicht wenig getan zur Steigerung der Einfuhr gewisser, für unsere Wirtschaftsführung notwendigen Waren aus dem Auslande. So hat Deutschlands chemische Industrie sehr viel mit dazu beigetragen, die militärischen Erfolge der deutschen Heere zu vergrößern und das wirtschaftliche Durchhalten zu erleichtern.

Dem Unternehmertum der chemischen Industrie ist dafür allerdings auch reichlicher Gewinn geworden. Die Geschäftsabchlüsse der großen Aktiengesellschaften zeigen Ueberschüsse, die den besten Friedensjahren nicht nachstehen, sie vielmehr vielfach überragen. Den Besitzern chemischer Aktien stehen trotz der schweren Kriegszeit riesige Einnahmen zu, mit denen es sich auch bei den hohen Lebensmittelpreisen leben läßt.

Ganz anders sieht es bei den Arbeitern!

Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie Deutschlands hat zu dem ungeheuren Aufstieg dieser Industrie nicht wenig beigetragen. Ohne ihren Fleiß, ihre Intelligenz, ihren Ordnungssinn wäre die Ueberflügung des Auslandes nicht so leicht geworden. Die deutschen Unternehmer hüten sich zumeist, das offen anzuerkennen, weil sie befürchten, damit nur die "Begehrligkeit" der Arbeiterschaft zu steigern, d. h. Ansprüche auf bessere Arbeitsbedingungen auszulösen. Im Auslande, wo solche Rücksichten nicht genommen werden, wird die Wichtigkeit des deutschen Arbeitermaterials für die chemische Industrie offen anerkannt. So wurde vor einiger Zeit in der angesehenen englischen Zeitschrift "War and Peace" („Krieg und Frieden") die Ueberlegenheit der chemischen Industrie Deutschlands mit darauf zurückgeführt, daß Deutschland es verstanden habe, „ein Arbeiter- und Aufsichtspersonal heranzubilden, welches seine Arbeit auch versteht". Der Industrielle Martin, Besitzer einer großen chemischen Fabrik in England, führte die Ueberflügung der chemischen Industrie Deutschlands darauf zurück, daß Deutschland „die geschicktesten und fleißigsten Arbeiter der Welt" habe, und der Farbenfabrikant Kerschbaumer führte als eine der Ursachen für die überragende Stellung der deutschen Farbenindustrie den „Ordnungssinn, die Sauberkeit und die Disziplin der deutschen Arbeiter in chemischen Fabriken" an. Der zuletzt genannte englische Unternehmer hat aber noch andere „Tugenden" der deutschen chemischen Arbeiter entdeckt. Er schreibt:

„Ihre Genügsamkeit läßt sie die Länge der Arbeitszeit und die bescheidene Bezahlung nicht als Uebel empfinden, sondern spornt sie zu so größerem Fleiß und verdoppelter Sorgfalt an, was sehr zur Verbiligung der Produktion beiträgt und der deutschen Industrie einen Vorsprung vor den Industrien anderer Länder gewährt, namentlich gegenüber England und Amerika."

Die Arbeiter der chemischen Industrie Deutschlands können dieses Lob nur mit sehr gemäßigten Gefühlen aufnehmen. Stark wird es sie gewiß nicht machen, wenn ihnen bescheinigt wird, daß sie genügsam, mit langer Arbeitszeit und bescheidenem Lohn zufrieden sind; auch dann nicht, wenn sie der sehr ansehnlichen Behauptung glauben schenken, daß sie mit ihrer Genügsamkeit der chemischen Industrie den Weg zum Aufstieg ebneten. Vielmehr dürfen sie sich sagen: Wenn die überragende Stellung der chemischen Industrie Deutschlands nur erreicht und erhalten werden kann mit Arbeitern, die mit überlanger Arbeitszeit und unter auskömmlichen Löhnen zufrieden sind, dann — mag diese überragende Stellung zum Teufel gehen.

Aber es steht ja auch gar nicht so, daß die chemische Industrie an schlechten Arbeitsbedingungen gebunden wäre. Sie kann vielmehr nicht nur auskömmliche, sondern barhäufige Arbeitsbedingungen gewähren, wenn — sie will. Wenn sie will! Vorläufig will sie allerdings noch nicht, weil sie nicht muß. Solange die Arbeiter noch genügsam sind und auf eine entscheidende Geltendmachung ihrer Rechte und Forderungen verzichten, werden die Unternehmer nur wenig tun, um ihr Los zu erleichtern. Nur wer sich rührt wird beachtet.

Nun kann man von den Arbeitern der chemischen Industrie Deutschlands gewiß nicht sagen, daß sie sich nicht rühren, daß sie gar nichts tun, um zu besseren Arbeitsbedingungen zu kommen. Im Gegenteil, ein nicht unerheblicher Bruchteil dieser Arbeiterschaft ist sehr rührig, arbeitet eifrig mit in der gewerkschaftlichen Organisation, dem Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands, kämpft unablässig und erfolgreich um längere Arbeitszeit und höheren Lohn, fordert energisch mehr Schutz gegen die Gefahren der Arbeit. Aber das ist immer nur ein Teil der Arbeiterschaft. Die große Masse ist leider noch immer zu gleichgültig oder zu genügsam, um in und mit der gewerkschaftlichen Organisation für die Besserstellung einer Arbeiterschaft zu kämpfen, die auf vorbildliche Arbeiterverhältnisse den allerbegründetsten Anspruch hat.

Das kann und wird besser werden, sobald die Arbeiter ernstlich wollen. Sobald die Verbände der Fabrikarbeiter nicht mehr nur ein Bruchteil, sondern die große Masse der Arbeiterschaft zusammengefaßt ist, werden die Unternehmer sich zu einer anderen Bewertung der Arbeitskräfte entschließen müssen. Aber mit dafür sorgt, daß die Reihen des Verbandes gestärkt, die Reihen der Gleichgültigen und Genügsamen gelichtet werden, der edelste der Arbeiterpflicht der chemischen Industrie den Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg.

Feststellungen und Fragen.

Die „Chemiker-Zeitung" teilte im Februar dieses Jahres mit, daß die Unternehmer, die Kriegsgefangene beschäftigten, bei der Regierung beantragt haben, den Verpflegungssatz für einen Gefangenen auf 1,80 Mtl. pro Tag zu erhöhen. Damit würden nur die Selbstkosten der Unternehmer gedeckt.

Wenn das richtig ist, und wenn die Unternehmer nicht etwa verlangen, daß die deutschen Arbeiter schlechter leben sollen als die Kriegsgefangenen, so brauchte um dieselbe Zeit eine Familie mit 3 Kindern (wenn für jedes Kind die Hälfte von 1,80 Mtl., also 90 Pf., als Bedarf eingeseht wird) pro Woche:

Für den Mann 7 x 1,80 Mtl. = 12,60 Mtl.
für die Frau 7 x 1,80 Mtl. = 12,60 Mtl.
für drei Kinder . . . 3 x 7 x 0,90 Mtl. = 18,90 Mtl.

für die Familie pro Woche 44,10 Mtl.

Vierundvierzig Mark und zehn Pfennig pro Woche allein für die Ernährung, wenn diese der Beköstigung der Kriegsgefangenen gleichkommen soll. Inzwischen sind die Lebensmittelpreise weiter gestiegen, so daß wir heute die Kosten auf 50 Mark pro Woche veranschlagen dürfen.

Wieviel Arbeiter der chemischen Industrie erhalten 50 Mark Lohn die Woche?

Womit sollen die Ausgaben für Miete, Kleidung, Steuern usw. gedeckt werden?

Oder sollen die deutschen Arbeiter schlechter ernährt werden als die Kriegsgefangenen?

Diese Fragen richten wir an die Unternehmer mit der Bitte, sie zu beachten, wenn die Arbeiter um Lohn-erhöhungen oder Teuerungszulagen nachsuchen.

Ziegeleiarbeiter, rührt euch!

Der Krieg hat die Bautätigkeit ins Stocken gebracht und damit den Ziegeleien das Absatzgebiet genommen oder doch stark beschnitten. Sofort nach Kriegsausbruch wurden zahlreiche Ziegeleien stillgelegt, andre beschäftigten nur einen Bruchteil der Arbeiter weiter. Später hob sich die Bautätigkeit ein wenig, aber noch immer ist sie sehr gering. Nur in den zerstörten Gebieten Ostpreußens wird lebhaft gebaut; dort haben auch die Ziegeleien Absatzmöglichkeit und Beschäftigung. Im übrigen Deutschland dagegen schleppen sich die Betriebe nur so hin.

In den ersten Kriegswochen war die Arbeitslosigkeit unter den Ziegeleiarbeitern sehr groß. Nach und nach besserten sich die Verhältnisse. Immer mehr Arbeiter wurden eingezogen, andre fanden Beschäftigung in andern Industriezweigen; heute ist, trotz des immer noch danieder liegenden Geschäftsganges in den Ziegeleien von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit unter den Ziegeleiarbeitern nicht mehr die Rede. Vielfach klagen die Unternehmer sogar über Arbeitermangel, obwohl sie, wie oben schon gesagt, nur wenig Leute zur Fortführung der notwendigen Arbeiten brauchen.

In zahlreichen Ziegeleien werden, weil angeblich deutsche Arbeiter nicht zu erhalten sind, Kriegsgefangene als Arbeiter beschäftigt. Die Erfahrungen mit diesen scheinen nicht allzu günstig zu sein. Viele Unternehmer sehen jetzt erst ein, wie tüchtige, fleißige und gewissenhafte Arbeitskräfte sie in ihren deutschen Arbeitern gehabt haben. Andre möchten die Kriegsgefangenen gern durch die vor allem in süddeutschen Ziegeleien früher beliebten italienischen Arbeiter ersetzen. Allerdings stehen wir halb und halb mit Italien im Kriege, auch wird heute in Deutschland über die politische Treulosigkeit der Italiener böss getwittert und geschimpft. Das hindert jedoch die Ziegeleibesitzer nicht, sich nach den ebenso billigen wie willigen italienischen Arbeitern zu sehnen. Als die Württemberger Architekten, aus einer augenblicklichen Stimmung heraus, beschloßen, in Zukunft italienische Arbeiter auf ihren Baustellen nicht mehr zu beschäftigen, erklärten die Ziegeleibesitzer, daß sie einen solchen Beschluß nicht befolgen könnten. So eine Organisation derselben erhief sogar ein Rundschreiben an die Mitglieder, in der vorgeschlagen wurde, die jetzt in die Schweiz, nach Holland und in andre neutrale Staaten verstreuten Italiener schon jetzt wieder nach Deutschland hereinzulassen.

Diese Sucht nach ausländischen Arbeitern erklärt sich natürlich nicht etwa durch eine bessere Verwendbarkeit dieser Arbeiter. Im Gegenteil; an Leistungsfähigkeit sind die deutschen Ziegeleiarbeiter unübertroffen. Aber die Ausländer sind meist genügsamer in ihren Lohn- und Lebensansprüchen, geduldiger gegenüber den Launen der Herren und Meister, unkundiger im deutschen Recht und Gesetz. Ihnen fehlt auch zumeist der Schutz der gewerkschaftlichen Organisation. Sie können sich nicht erfolgreich wehren gegen eine Verpfändung, und sie können nicht planmäßig kämpfen um eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Das macht sie manchem Unternehmer so wert!

Wenn die Ziegeleibesitzer den Zeitverhältnissen etwas mehr Rechnung tragen und den deutschen Arbeitern der Teuerung entsprechende Löhne zahlen würden, hätten sie wenig Ursache, über Arbeitermangel zu klagen. So haben Tausende und aber Tausende von Ziegeleiarbeitern in andern, besser lohnenden Industriezweigen Beschäftigung gefunden und gefunden. Die denken nicht daran, in die Ziegeleien zurückzukehren, solange dort die jetzigen Arbeitsmethoden und Löhne noch üblich sind. Was tun aber die Ziegeleibesitzerorganisationen? Sie warnen noch vor — Lohnerrhöhungen. So heißt es in dem Geschäftsbericht des Vereins der Ziegeleibesitzer Braunschweigs über das Jahr 1915:

„Diejenigen unserer Mitglieder, die beschuldigen, in diesem Jahre mit ihren Betrieben zu arbeiten, mahnen wir darauf aufmerksam zu machen, in der Berechnung der Arbeitskosten eine große Ver-

sicht walten zu lassen, da nach dem Kriege in dieser Beziehung große Anforderungen an uns gestellt werden, denen wir zweifellos in großem Umfange Rechnung tragen müssen, wenn wir Ruhe und Frieden auf den Ziegeleien haben wollen."

Das heißt mit bürren Worten: Zahlt nicht zu hohe Löhne, sonst werden sie nach dem Kriege noch höher. Die Furcht vor den Lohnerrhöhungen nach dem Kriege ist schon deshalb Unsinn, weil niemand weiß, wie die Wirtschaftslage und damit die Lohnhöhe sich dann gestalten wird. Jetzt steht aber, daß wir jetzt in einer Zeit ganz unerhörter Lebensmittelpreise leben und daß die Ziegeleiarbeiter Lohnerrhöhungen dringend brauchen. Die Arbeiter können heute ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten mit Hinweisen auf Lohnerrhöhungen, die sie nach dem Kriege stellen wollen, oder auf Lohnzulagen, die sie dann bekommen sollen. Heute brauchen sie mehr Lohn, denn heute müssen sie mehr zahlen.

Wo aber die Ziegeleibesitzer so wenig Verständnis für die Lage und die Bedürfnisse der Arbeiter zeigen, da muß ihnen klargemacht werden, daß die Arbeiterschaft nicht mehr getullt ist, sich abspenken zu lassen mit dem, was die Unternehmer für gut befinden. Die Arbeiter müssen ihre Wünsche formulieren, ihre Forderungen aufstellen und ihren festen Willen bekunden, diesen Forderungen den nötigen Nachdruck geben zu wollen.

Das können sie allerdings nur, wenn sie sich in einer starken gewerkschaftlichen Organisation eine unabhängige und entschiedene Vertretung ihrer Interessen schaffen. Nicht als einzelne können die Ziegeleiarbeiter ihren mehr als berechtigten Forderungen Nachdruck geben, sondern nur als einige, einmütige Masse. Das hat sich jetzt schon sehr oft und nachdrücklich gezeigt. Trotzdem ist erst ein verhältnismäßig kleiner Teil der Ziegeleiarbeiter in der gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, zusammengeschlossen. Die große Masse steht immer noch teilnahmslos beiseite.

Soffentlich wird das in Zukunft anders. Es ist anzunehmen, daß der Krieg auch vielen Ziegeleiarbeitern die Erkenntnis gebracht hat, daß sie der gewerkschaftlichen Organisation bedürfen, daß sie ohne fester Zusammenschluß machtlos und hilflos sind. Vor allem werden die vielen Tausende, die jetzt im Felde stehen, wenn sie zurückkehren, von dieser Erkenntnis durchdrungen sein. Sie haben den Wert des kameradschaftlichen Zusammenhaltens kennen gelernt und werden daraus die rechten Folgerungen zu ziehen wissen.

Die aus den Schützengräben zurückkehrenden Ziegeleiarbeiter werden aber auch eine größere Berücksichtigung ihrer Wünsche und Bedürfnisse von den Unternehmern fordern. Sie werden ansehnliche Löhne und eine angemessene Behandlung verlangen und sie werden sich sträuben gegen die Versuche mancher Unternehmer, den Arbeitstag bis ins Erschöpfende auszudehnen. Die Unternehmer scheinen teilweise schon heute gewisse Befürchtungen in dieser Hinsicht zu hegen. Ein bekannter Vertreter der Tonindustrie, Kommerzienrat Dr. Köppler, hat dem vor einiger Zeit in einem Bericht an die Reichsbank Ausdruck gegeben. Er schrieb darin nach der „Tonindustrie-Zeitung":

„Unsre Arbeiter kehren wohl mit deutscher Begeisterung, mit anderer Erkenntnis und mit Verständnis für die staatlichen Einrichtungen und Aufgaben aus dem Kriege zurück, aber auch gehämmert zu selbstbewußten Männern, jedwem Anspruchsvoller und weniger gefügig, als sie teilweise vorher waren. Die Arbeiter werden größere Berücksichtigung und Geltung beanspruchen, mit Gedanken und Maßnahmen über Beteiligung der geschulten seßhaften Arbeiter an Führung, Extragnis und Befehl der Gewerbebetriebe wird man sich befreunden müssen."

Wir haben die zuverlässige Hoffnung, daß Herr Köppler sich nicht irren wird, und wir werden alles tun, um den berechtigten Ansprüchen unserer heimkehrenden Ziegeleiarbeiter Geltung zu verschaffen. Bis dahin aber müssen wir, die wir noch unserer Arbeit nachgehen und für den Verband wirken dürfen, alle unsere Kräfte einsetzen für die Aufrechterhaltung und Stärkung der Organisation, für die Heranziehung derer, die uns noch fernstehen, und für die Geltung derer, die schon für uns gewonnen, aber noch unzufrieden sind. Wir müssen arbeiten, müssen uns rühren, damit der Verband den großen Aufgaben gerecht werden kann, die nach diesem Kriege ganz besonders in der Ziegeleindustrie an ihn herantraten werden.

Frauen- und Kinderarbeit in der Papierindustrie.

Das Notgesetz vom 4. August 1914, wonach die Vorschriften der Gewerbeordnung für den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz teilweise außer Kraft gesetzt wurden, bot vielen Unternehmern die langersehnte Gelegenheit zur unbeschränkten Ausnutzung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte. Zahlreiche Unternehmer haben die für sie günstige Gelegenheit wahrgenommen und die Plätze der zum Heer eingezogenen Arbeiter mit den billigeren und willigeren Frauen und Jugendlichen besetzt. In der Papier-, Textil- und Bekleidungsindustrie sind Frauen an verantwortungsvollen Posten gestellt worden, an Stellen, die nicht nur starke körperliche Anstrengungen erfordern, sondern auch in vielen Fällen außerordentlich große Gefahren für Leben und Gesundheit mit sich bringen.

Auch viele Papierfabrikanten fühlten sich nunmehr aller Herren ledig. Sie freuten sich, daß ihnen endlich wieder einmal Gelegenheit geboten wurde, auch die in der Friedenszeit an eine gezielte Arbeitszeit gebundenen Arbeitskräfte uneingeschränkt und an allen Arbeitsplätzen beschäftigen zu können. Trotz unserer Warnungen und trotz der berechtigten Bedenken der Papierarbeiter-Vereinigungen ist ein Teil der Papierindustriellen dazu übergegangen, Frauen und Jugendlichen selbst an den gefährlichsten Maschinen zu beschäftigen. Aus allen Teilen des Reiches haben wir Nachrichten erhalten von der Beschäftigung von Frauen und noch fast im Kindesalter stehenden Personen an Papiermaschinen, Rollenapparaten, Querschneid- und Plananschleifmaschinen, an Holzsäbern und Anlegeanlagen, an Radpressen und Galvanisiermaschinen. Dabei scheuen sich manche Unternehmer nicht, die Frauen auch noch nachts an den gefährlichsten Maschinen zu beschäftigen.

Einige Unternehmer haben sich nicht begnügt mit der uneingeschränkten Ausnutzung der weiblichen Arbeitskräfte, sie haben auch noch Schulkinder in die Fron gespannt. Kinder, denen bei der jetzt mangelhaften Ernährungsweise eine Stärkung ihrer schwachen Kräfte durch Aufenthalt und Spiel in gesunder Luft doppelt nötig wäre, müssen täglich mehrere Stunden als Holzschläger oder Altpapierfortierer frondeln. Durch diese industrielle Tätigkeit der Kinder wird deren geistige und körperliche Entwicklung gehemmt und, besonders bei staubigen Arbeiten, der Keim zu späteren Krankheiten gelegt. Das Holzschälen mit dem Schnitzmesser ist für Arbeiter anstrengend, für Arbeiterinnen zu schwer und für Kinder eine Qual. Der Staub, der sich beim Sortieren von Altpapier entwickelt, wirkt ungünstig ein auf die Atmungsorgane der Arbeiterinnen und muß eine geradezu verheerende Wirkung auf den schwachen Organismus der Kinder ausüben. Es ist wiederholt statistisch festgestellt worden, daß gerade die Arbeit des Papierfortierens wegen des dabei auftretenden Staubes äußerst gesundheitsgefährdend wirkt. Die Beschäftigung der Frauen und Jugendlichen an den schnellaufenden Maschinen, wie Papiermaschinen, Kalandern, Rollmaschinen und Kollergängen, mußte gänzlich verboten werden, weil hier die Unfallgefahr ungemein hoch ist, um so mehr als die Papierfabrikanten bis vor dem Kriege keine allzu großen Freunde von Arbeiterschutzeinrichtungen waren. Schrieb doch der Generalsekretär Ditzes in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1912 über das Verhalten der Maschinenfabrikanten, ihre Maschinen mit passenden Schutzvorrichtungen zu versehen, noch: „Undauernd machen sie Erfindungen, wodurch angeblich entweder die Arbeit aller Gefahren beraubt wird... Statt sich nun der Erfolge im Kreise der Papiermacher zu freuen, gehen sie mit ihren neuen Vorrichtungen und Maschinen an die Gewerbeaufsichtsbeamten. Diese aber sind glücklich darüber, daß sie wieder einmal über ein Mittel zur Beseitigung aller Schäden verfügen, und schreiben den ihnen unterstellten Papierfabriken schleunigst die Anschaffung der neuen Maschinen oder der Vorrichtung vor.“ Wo so, jagen wir einmal sonderbare Auffassungen über Arbeiterschutzeinrichtungen gehegt und vertreten werden, ist natürlich die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an Maschinen, die sie nicht kennen, mit deren Gefahren sie nicht vertraut sind und deren Bedienung an ihre Körper- und Geisteskräfte die höchsten Anforderungen stellt, doppelt gefährlich und bedenklich. Viele Unternehmer aber haben sich über alle Bedenken hinweggesetzt und beschäftigten rücksichtslos Frauen und Jugendliche Tag und Nacht an gefährlichen Maschinen und bei körperlich schweren Arbeiten. Eine kleine Blütenlese aus dem uns vorliegenden Material mag das darthun.

Bei Kübler u. Nieshammer in Kriebstein arbeiten in Tag- und Nachtschicht die Arbeiterinnen 12 Stunden an der Papiermaschine und an den Kalandern. Die Sebnitzer Papierfabrik beschäftigt gleichfalls in Tag- und Nachtschicht Frauen an den Papierschnide-, Querschneide-, Knet-, Rollmaschinen und Kollergängen. Auch werden die Frauen zum Holzschälen und Holzaufliegen verwendet. An Holländern und Querschneidemaschinen werden Frauen bei E. F. Hübler in Gersdorf beschäftigt. In der Patentpapierfabrik Henig arbeiten Frauen, auch nachts, an Wickelmaschinen, Hochpressen und Schneidemaschinen. Die Firma Robert Schuster in Döberitz hat an alle Maschinen Arbeiterinnen gestellt. Ebenso werden in der Papierfabrik Einjedel bei Chemnitz Arbeiterinnen an Papier-, Schneide-, Treib- und Salzmaschinen, teilweise auch in Nachtschicht, beschäftigt.

Krause u. Baumann, Knappdruckpapierfabrik in Heidenau, beschäftigt an den Streichmaschinen bei täglich 12stündiger Arbeitszeit in Tag- und Nachtschicht Frauen. Die Firma beschäftigt auch Querschneidemaschinen und -gehilfen bei gleicher Arbeitsdauer. In der Zellulosefabrik von H. H. & Co. in Pirna sind die Arbeiterinnen täglich zehn Stunden an den Holzschälmaschinen, beim Handholzschälen und mit Holz- und Kohlenabladen beschäftigt. Die wegen ihrer Organisationsfähigkeit bekannte Papierfabrik Sakrau läßt die Arbeiterinnen täglich 9 1/4 Stunden an Papier-, Koll-, Schneidemaschinen und Holländern, an den beiden letztgenannten Maschinen auch nachts arbeiten. Beim Holzschälen und Transportieren werden in der Zellulosefabrik Kannersdorf Frauen beschäftigt. In der Papierfabrik Lomnitz sind Holländergehilfen, in Jannowitz Arbeiterinnen an Kollergängen, Kalandern, Holländern und Schleppapparaten anzutreffen. Die Papierfabriken Straußig und Gebüder Erfurt in Hirschberg beschäftigen Arbeiterinnen am Kollergang, als Holländergehilfen und zum Kohlenabladen.

Täglich 12 Stunden arbeiten Frauen in der Altdammmer Papierfabrik an Holländern und an der Hochpresse. Hochläufer, Kollmaschinen, Holzschläger, Holzauflieger und Rollenparker sind in der Papier- und Zellulosefabrik „Selbmaile“ in Tätigkeit. Zum Holzschälen verwendet diese Firma Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren bei täglich fünfstündiger Arbeitszeit. In der Pappenfabrik von Schröder u. Kabbow in Altdamm arbeiten Frauen am Ansetzgerat und an der Querschneidemaschine. Die Firma Marsmann in Bischof beschäftigt Kinder im Alter von 12 Jahren beim Sortieren von Altpapier täglich von 2 Uhr mittags bis 7 Uhr abends. In 11- bis 12stündiger Arbeitszeit sind Frauen in der Bösliner Papierfabrik an Querschneidemaschinen, an Hochpressen, an Koll-, Schneide-, Holz- und Pappmaschinen tätig. Die Firma Oskar Richter hat auch für ihre Arbeiterinnen an der Pappmaschine die 12stündige Arbeitszeit beibehalten. Auch in der Papierfabrik Oskar Dietrich in Meißenerfeld sind Arbeiterinnen an den Hoch- und Querschneidemaschinen, an der Heinen Antriebsmaschine, am Holländer und sogar am Kocher beschäftigt. Als Holländergehilfen und am Pappschneidemaschinen hat die Femperfabrik Schaeffer in Düring bei Dreschdahl Arbeiterinnen beschäftigt.

Durch die Maschinenarbeiterinnen dürfte gefahrlos Arbeit laufen mühen wie ihre männlichen Kollegen, und ihre Löhne sind durchweg wesentlich niedriger. Dadurch sind die Maschinenarbeiterinnen zu Schuldbüchlerinnen für ihre männlichen Berufskollegen geworden. Mag auch während der Kriegszeit vielfache Arbeitsmangel an eine Forderung der Männerlöhne nur selten herangetragen werden, so ist doch zu befürchten, daß die Unternehmer nach dem Kriege unter Hinweis auf die erheblich

billigeren weiblichen Maschinenarbeiter eine Kürzung der Männerlöhne versuchen werden. Deshalb müssen die Papierarbeiter auf der Hut sein.

Wir sind keine Gegner der Frauenarbeit, aber wir haben die Pflicht, die Frauen vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen, wir haben die Pflicht, gegen die Beschäftigung von Frauen an den schnellaufenden, gefährlichen Maschinen zu protestieren, um den Arbeitermännern, Arbeiterfrauen und Arbeiterküdern ihre Gesundheit und ihre Glieder zu erhalten, und wir haben das Recht, uns gegen jegliche Lohnrückerei zu wehren. Erfolgreich wehren können wir uns aber nur, wenn es uns gelingt, die Kollegen und Kolleginnen aus den Papierfabriken in größerer Zahl als bisher der Organisation zuzuführen. Nur wenn wir einig und geklärt sind, können wir jede Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Papierarbeiterschaft abwehren und für Verbesserungen erfolgreich kämpfen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Weitere und erhöhte Kriegsteuerungszulagen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Industrie. Die anhaltende Preissteigerung der unentbehrlichen Nahrungsmittel und Bekleidungsartikel zwingt die Lohnarbeiterschaft, ständig auf eine Erhöhung ihres Verdienstes bedacht zu sein. In einer Anzahl Betriebe des hiesigen Wirtschaftskreises wandten sich die Arbeiter teils durch ihre Organisationsvertretung, teils durch die Arbeiterausschüsse an die Betriebsinhaber zwecks Erlangung einer Zulage. Einige Firmen warteten das Vorgehen der Arbeiter ab, nicht erst ab, sondern bestanden in anerkannter Weise die Höhe der in ihren Betrieben Beschäftigten zum Teil wiederholt auf.

Als Ausgleich der Spannungen, die heute zwischen Lohnnehmern und Ausgabe für den Lebensbedarf besteht, kann keine der erfolgten Zulagen betrachtet werden. Die Schwächung der Kaufkraft des Geldes legt einem großen Teile der Arbeiterschaft empfindliche Entschärfungen auf. Als eine mehr oder minder große Hilfe gegen die Gefahren der Unterernährung sind diese Zulagen jedoch zu werten. Es wäre nur der Wunsch daran zu knüpfen, daß noch recht viele Unternehmungen, besonders aber die leistungsfähigen und an lohnenden Sonderaufträgen beteiligten diese Zulagen festsetzen möchten.

Die Firma J. D. Lügger, Farben- und Lackfabriken, ließ mit Wirkung vom 1. Januar d. J. eine dritte Zulage von durchschnittlich 2,30 Mk. pro Woche für jeden Beschäftigten in Kraft treten. Bei dieser Firma beträgt die wöchentliche Zulage jetzt durchschnittlich 6,80 Mk.

Die Firma Witt u. Co., Buchdruck- und Lackfabriken und Salpetermineralien, erhöhte am 7. Februar die Zulage von 2 auf 4 Mk. pro Woche. Auf Vorschlag der Arbeiterausschüsse bewilligte die Firma auch die Bezahlung der in der Woche fallenden Feiertage und verlor bei Einführung der Zulage am 1. Mai die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde ohne Kürzung des Lohnes.

Die Ruberoid-Gesellschaft m. b. H., Dachpappenfabrik, Hildesheim, erhöhte Anfang Februar nach Vorschlag der Arbeiterausschüsse die Kriegsteuerungszulage für deren Arbeiter von 5 auf 7 Pf. pro Stunde und Ende Februar für ledige Arbeiter von 3 auf 4 Pf. pro Stunde.

Die Arbeiter der Chemischen Werke Reihertieg, G. m. b. H., wandten sich durch die Zeitung unseres Verbandes Ende Januar an die Firma zwecks Erhöhung der Stundenlohn um 5 Pf. Diefem Verlangen entsprach die Firma nur zur Hälfte, indem sie vom 1. Februar an die im Vorjahre bewilligte wöchentliche Zulage von 2 Mk. auf 3,50 Mk. für verheiratete und von 1,50 Mk. auf 2,50 Mk. für unverheiratete Arbeiter erhöhte.

Die Gesellschaft für Markt- und Röhrenhallen, Hamburg, erhöhte Ende Februar die im Oktober 1915 gewährte wöchentliche Zulage von 3 Mk. auf 6 Mk. für Erwachsene und von 2 Mk. auf 4 Mk. für jugendliche Arbeiter.

Der Verein Deutscher Delfabriken Hamburg, Ausschläger Glück, gewährte nach Vorschlag der Arbeiterausschüsse vom 1. März an die dritte Zulage in Höhe von 1,20 Mk. pro Woche. Mit dem im Vorjahre bewilligten Zulagen beträgt die Gesamtzulage jetzt 3,60 Mk. pro Woche.

Die Gerb- und Färbstoffwerke G. Renner u. Co., A.-G., Hamburg, Wilhelmstrasse, erhöhten die im April 1915 gewährte Zulage im September 1915 aus Anlaß der Wiedereinführung der 24-Stunden-Belegschaft von 3 Mk. auf 5 Mk. pro Woche. Eine weitere Erhöhung um 2,50 Mk., also auf 7,50 Mk. pro Woche, erfolgte Anfang März dieses Jahres.

Die bei der Firma Friedrich Lynde, Seifenfabrik, Hamburg, beschäftigten Arbeiter wandten sich durch die Zeitung des Verbandes Mitte Januar an die Betriebsleitung zwecks Gewährung einer zehnprozentigen Zulage. Die Firma antwortete zunächst ablehnend unter Hinweis auf die schwierige Lage der Seifenindustrie. Nach einem zweiten Schreiben der Betriebsleitung, in dem auf die erfolgten Zulagen in anderen Seifenfabriken des hiesigen Wirtschaftskreises Bezug genommen wurde, gewährte die Firma vom 13. März an eine Zulage in der geschätzten Höhe. Nach den kürzlich vereinbarten Zulagen beträgt demnach die durchschnittliche Zulage für Arbeiter 3 Mk. und für Arbeiterinnen 1,50 Mk.

Die Dampfschiffbauwerkstatt von Jul. Peters, Ottenen, erhöhte auf eine Eingabe des Verbandes die schon im Vorjahre gewährten Zulagen zum dritten Male. Der jetzt insgesamt zur Auszahlung kommende Zuschlag betragt 20 Prozent der kürzlich vereinbarten Gesamtzulage. Das heißt durchschnittlich 6 Mk. für Arbeiter und 3 Mk. für Arbeiterinnen pro Woche. Die in der Eingabe gewünschte Verlegung der Lohnzahlung von Sonnabendabend auf Sonnabendvormittag wurde ebenfalls ausgesetzt.

Das Dampfschiffbauwerk der Hamburger Tapezierer-Gesellschaft (eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung) nahm eine entsprechende Haltung gegenüber der vom Verband unter dem 18. Februar gemachten Eingabe an. Zunächst teilte die Geschäftsleitung mit, daß Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens in etwa vier Wochen sich mit der Eingabe beschäftigen würden. Dann ging der Organisationsausschuss am 6. März ein Schreiben zu, worin die Geschäftsleitung mitteilt, daß ihre Absichten und beabsichtigten Arbeiter nichts von einem Antrag an den Verband der Fabrikarbeiter betr. Gewährung einer Zulage zu wissen. Die Geschäftsleitung teilte ferner mit, daß Vorstand und Aufsichtsrat beabsichtigen, wie bei früheren Fällen, mit unfern Arbeitern selbst verhandeln zu wollen.

Bei einer Verhandlung haben die Arbeiter aber nichts gemerkt. Die Firma sollte am 18. März an einen zehnprozentigen Zuschlag zu den Grundlöhnen und erhöhte den Lebensunterhalt um 15 Pf. (von 50 auf 65 Pf.). Der Zuschlag belauft sich im Durchschnitt für männliche und weibliche Beschäftigte auf ca. 2 Mk. pro Woche. Die Letzten der Gegenwart jedoch beunruhigt es gar nicht an der Verwertung dieses von einer Organisation errichteten Unternehmens vorüberzugehen zu sein. Gemessen dem Vorstand und Aufsichtsrat dieses Unternehmens noch immer die Aufgabe zu haben, die im Betrieb Beschäftigten von ihrer Organisation fernhalten zu wollen? Denn einen anderen Zweck konnte doch die Abweisung der Intervention des Verbandes nicht haben. Die nicht beteiligten Arbeiter des Betriebes wissen, daß sie die Zulage nur dem Eingreifen des Verbandes verdanken, denn vor Beginn des Scheiterns der Verhandlung sind die Beschlüsse erlassen, bei der Betriebsleitung eine Verbesserung ihres Lohnes zu erwirken, Ergebnisse zu verkaufen.

Die Altonaer Margarinewerke Altona, G. m. b. H., erhoben ebenfalls auf eine Eingabe des Verbandes die im Vorjahre gewährte Zulage durch einen obermännlichen Zuschlag von 10 Prozent zum Grundlohn. Der Zuschlag beträgt jetzt 20 Prozent zum Grundlohn oder durchschnittlich 6 Mk. für Arbeiter und 3 Mk. für Arbeiterinnen.

Friedrichshafen. Den auf dem General beschlossenen Arbeitern wurde auf deren Antrag Ende letzten Jahres eine Zulage von 2 Mk. und vom 1. April d. J. an eine weitere Zulage von 3 Mk. pro Woche bewilligt. Deswegen ist den Arbeitern der Monatszuschlag von 7.50 auf 10.50 Mk. Zulage von 1,25 Mk. zuzugewandt.

Hamburg. Aufrechterhalten des 1. Januar 1916. Die ersten Monate im Jahre 1916 brachten recht gute Erfolge der Bewegungen zur Erlangung von Zulagen. Alle eingeleiteten Bewegungen führten zu Erfolgen. Allerdings ist mit den erzielten Lohn-erhöhungen noch kein Ausgleih zwischen Lohn und verkaufter Lebenshaltung geschaffen, aber die erzielten Vorteile sind jedenfalls sehr gut zu gebrauchen.

Die Chemische Fabrik Harburg-Staßfurt hat im ver- flossenen Jahre mehrfach Zulagen bewilligt. Erst Ende des Jahres kam der Betrieb wieder in Gang. Im Januar verließen die dort beschäftigten Arbeiter eine Zulageerhöhung durchzusetzen. Die Firma bewilligte eine tägliche Zulage von 30 Pf.; falls der Betrieb aufrechterhalten werden könne, würde im Frühjahr noch eine weitere Zulageerhöhung zu reden sein. Nach Vorschlag der Arbeiterausschüsse Ende März bewilligte die Firma noch eine weitere Zulage von 20 Pf., so daß insgesamt der Tagelohn um 50 Pf. erhöht wurde. Beschäftigt wurden 40 Arbeiter, die sämtlich der Organisation angetreten.

Gleichzeitig mit den Arbeitern der Chemischen Fabrik Harburg-Staßfurt gingen auch die Arbeiter der Salpeterfabrik Gese vor, um eine Zulage zu erwirken. Die Firma bewilligte eine Zulage von 20 Pf. täglich, die wöchentlich zur Auszahlung kommt.

Die Arbeiter der Chemischen Fabrik G. m. b. H. wandten sich mit einem Gesuch an die Firma, den Stundenlohn von 40 Pf. zu erhöhen. Die Firma bewilligte eine Zulage von 8 Mk. monatlich. Ausbezahlt wird die Zulage am Mittwoch nach dem Ersten in jedem Monat. Jedoch soll die Zulage nur für volle Monate in Betracht kommen.

Bei der Firma Fr. Löhrl & Co. Reinigte Harburger Delfabriken wandten wir uns durch den Arbeiterausschuss an die Betriebsleitung, die gewährte Zulage von 2 bzw. 8 Mk. den herrschen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Die Firma bewilligte noch eine wöchentliche Zulage von 75 Pf. Wenn auch das Angebotsniveau nicht hoch ist, so darf nicht verkannt werden, daß sich die Delfabriken wegen Mangels an Rohmaterial in einer sehr schlechten Lage befinden.

Die Firma Traun u. Schöne bewilligte Anfang April eine Zulage von 1 Mk. pro Kopf und Woche. Ledige Arbeiter erhalten demnach eine wöchentliche Zulage von 1 Mk., verheiratete ohne Kinder 2 Mk., verheiratete mit Kindern für jedes Kind noch 1 Mk. mehr.

Bei der Firma Reinigte Gummiwaren-Fabriken Harburg-Wien wandten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen am 10. April mit vielen Unterschriften zwecks Erlangung einer Zulage von 10 Prozent des Lohnes betragen und allen Arbeitern und Arbeiterinnen gewährt werden möge, ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäftigung. Die Betriebsleitung reichte ihre Anfrage am 17. Mai bei der Direktion ein. Am 18. Mai wurde dem Vorstandsvorsitzenden mitgeteilt, daß ein Schreiben des Verbandes wegen einer Zulage eingegangen sei und daß die Direktion der Arbeiterschaft bis zum 1. Juni mitteilen wolle, ob und in welchem Umfang sie eine Zulage bewilligen könne.

Wie unser kurzer Bericht zeigt, konnten trotz Kriegsnöte gienliche Verbesserungen durchgeführt werden. Wir haben noch eine ganze Anzahl Betriebe, die wohl instand wären, Zulagen zu gewähren zu können. Aber wenn sich die Arbeiter dieser Betriebe nicht selbst rühren, wird auch nichts erzielt werden. Vor allem sollten die Unorganisierten erkennen, daß trotz der Zulagen die gezahlten Verbandsbeiträge sich sehr gut verzinsen. Wieviel mehr hätte erzielt werden können, wenn nicht immer wieder die alten Ausreden gebraucht würden: „Jetzt ist alles so teuer, das kann man nicht noch Verbandsbeiträge bezahlen“ und „Nach dem Kriege trete ich wieder ein“. Dabei muß man für den alten Lohn weiter arbeiten und sich noch kümmerlicher ernähren! Ohne Opfer keine Erfolge! Deshalb, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr uns noch fernsteht, schließt euch der Organisation an und sorgt mit für bessere Verhältnisse!

Abt. i. M. Für die Arbeiter der hiesigen Buderfabrik wurde ein Gesuch um eine Zulage eingeleitet. Die Direktion reagierte zwar auf das Schreiben des Verbandes nicht, legte aber den Arbeitern eine ganze Reichhaltigkeit pro Mann und Woche zu. Wenn man bedenkt, wieviel Dividende dieser Betrieb den Aktionären zahlt, so ist die Zulage für die Arbeiter geradezu bescheiden niedrig zu nennen.

Warna. Die ständige Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise bildete auch bei den Krabbenzölerinnen den Anlaß, den Krabbenzölerinnenverbänden Anfang Januar d. J. einen Antrag auf Gewährung einer Zulage von 20 Pf. pro zehn Pfund Schallkrabben zu unterbreiten. In einer Verhandlung zwischen den Fabrikanten und der Betriebsleitung lehnten erstere den gestellten Antrag ab, erklärten sich aber bereit, die Gültigkeit des am 31. Dezember 1914 abgelaufenen Vertrags, der für 1915 außer Kraft gesetzt wurde, weil die Mehrzahl der Fabrikanten bekanntlich die Unterschrift verweigerte, auf ein weiteres Jahr, und zwar bis zum 31. Dezember 1916, auszudehnen.

Mit diesem Resultat beschäftigte sich eine Versammlung der Schälzölerinnen, die namentlich die Betriebsleitung beauftragte, bei den Fabrikanten von neuem einen schriftlichen Antrag auf Gewährung einer Zulage von 10 Pf. pro zehn Pfund Schallkrabben zu stellen. Das Schriftstück jedoch, das an den Vertreter der Krabbenzölerinnen gerichtet wurde, blieb unbeantwortet, auch folgte eine spätere Verhandlung mit mehreren Fabrikanten zu keinem Ergebnis. Erst Anfang März, beim Eintreffen der ersten Sendungen Nordseekrabben, als sich nur eine spärliche Anzahl Schälzölerinnen zur Empfangnahme der Krabben einstellte, erklärten sich die Fabrikanten bereit, eine Zulage von 5 bis 15 Pf. für 10 Pfund Schallkrabben zu bewilligen. In diesem Stadium der Bewegung begannen leider eine beträchtliche Anzahl Schälzölerinnen aus der Reihe zu tanzen. Die günstige Gelegenheit benutzten natürlich die Fabrikanten und ergriffen sich auf eine e. Heilliche Zulage von 5 Pf. pro zehn Pfund Schallkrabben, ein Angebot, was einer Versammlung der Schälzölerinnen, unter besonderer Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse, Annahme fand.

Schwann i. M. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Fischräuchererei und Konfektfabrik von Jansen erzielten durch Vermittlung des Gewerkeleiters eine Zulage von 1 bis 3 Mk. pro Woche. Das ist immer- halb eines Jahres die zweite Zulage. Die heimlich Fehlgewinn sich demgegenüber manche Unternehmer in dieser „großen“ Zeit!

Wolgast. Hier wurden von der Gewerkeleitung für sämtliche Kollegen und Kolleginnen, mit Ausnahme der in der Metallindustrie beschäftigten, Anträge auf Zulagen eingeleitet. Sämtliche Arbeiter, bis auf einen Betrieb, erhielten dann Zulagen von 1 bis 3 Mk. pro Woche. Besondere Verhandlungen fanden deshalb nicht statt, denn ein Teil der Unternehmer wollte mit dem „Berl“ aus Stehen nicht zu tun haben, und so legte man ohne besondere Verhandlungen zu. Man schien sich vorher „herochen“ zu haben, denn sonst ist die Haltung unverständlich, da in Friedenszeiten schon ein Teil der Unternehmer mit dem Gewerkeleiters verhandelt hat. Ein Holzgerätemechaniker legte deshalb nichts zu, weil er ausbleiben einen Antrag auf Zulage nicht bekommen hätte. Wir fanden darauf dem Herrn ein zweites Schreiben und ließen zurückbleiben, daß er als Verbannt für die Militärgewerbe doch auch die Möglichkeit habe, seinen Arbeiterinnen und Arbeitern eine Zulage zu geben. Der Hinweis scheint wenigstens etwas gewicht zu haben, denn namentlich belamen die Arbeiterinnen und Arbeiter je 1 Mk. pro Woche mehr. Eine ganze Markt!

Verbandsnachrichten.

Statistik — Blaue Karten.

Mit dem heutigen „Proletarier“ werden auch die blauen Berichtskarten verhandelt. Dieselben müssen bis spätestens 4. Juni in Hannover sein. Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen gilt der 27. Mai.

Die grauen Berichtskarten brauchen nicht mehr eingeleitet zu werden. Ebenso besitzen die roten Berichtskarten keine Gültigkeit mehr.

Ueber die seit dem 15. Mai bei der Hauptkasse eingegangenen Gebet wird in nächster Nummer quittiert.